

# **Chancen und Grenzen kommunaler Koordinierungs- und Planungsprozesse im Übergang Schule - Beruf**

**Vortrag im Rahmen der  
Bildungskonferenz der Stadt Mülheim an der Ruhr  
am 10.09.2007**

**Dr. Eva Christina Stuckstätte**

**Institut für soziale Arbeit e.V. Münster**

**Serviceagentur „Ganztagig lernen in Nordrhein Westfalen“**



# Ausgangssituation

Offene Fragen:

- Welche Akteure sind für welche Zielgruppen zuständig?
- Welche Angebote hält welcher Rechtskreis vor?
- Wie kann Kooperation zwischen den Akteuren gestaltet werden?

**Ziel:**

- **Initiierung bzw. Optimierung einer gemeinsamen Koordinierungs- und Planungsarbeit**



# Methodisches Vorgehen:

- Orientierung am Verfahren der Jugendhilfeplanung (nach Jordan und Schone 1998)
  - Verwendung der Ergebnisse für weitere Planungszusammenhänge
  - Nutzung bereits vorhandener Kommunikationsstrukturen
  - Breite Beteiligungsmöglichkeit



# Arbeitsschritte im Planungsprozess:

- Rahmenbedingungen für Planung herstellen:
  - Schaffung eines Problembewusstseins
  - Aufbau eines regionalen Netzwerkes
  - Aushandlung der zentralen Steuerungsfunktion

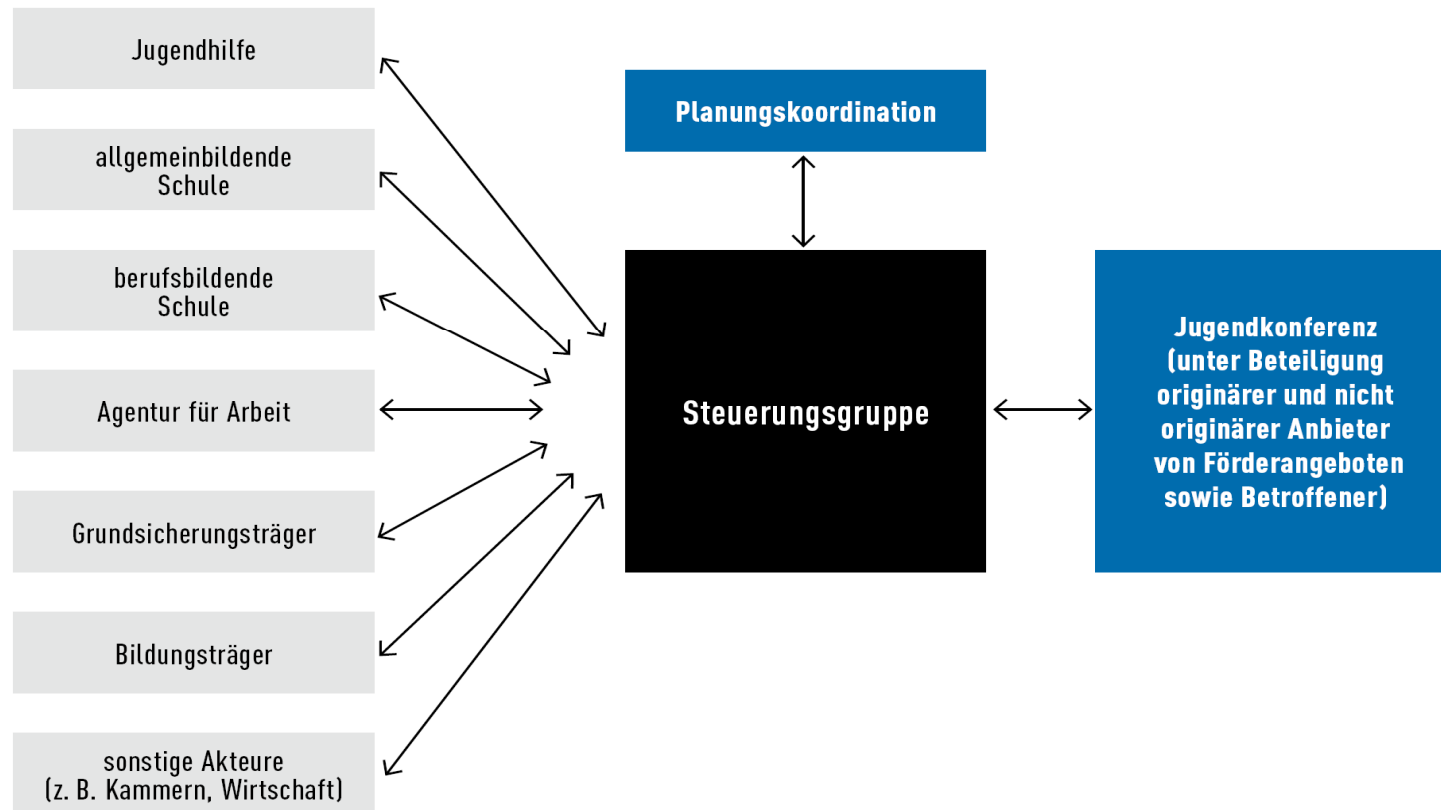


# Schaffung eines Problembewusstseins

- Jeder Akteur kann initiativ werden
- Gewinnung von Planungspartnern aus zentralen Handlungsfeldern
- Gemeinsame Zielvorstellung entwickeln
- Planungskonzept erarbeiten
- Politische Zustimmung einholen



# Aufbau eines regionalen Netzwerkes



# Aufbau eines regionalen Netzwerkes

- Steuerungsgruppe einrichten (interdisziplinär und paritätisch besetzt)
- Aufgaben der Steuerungsgruppe definieren
- Beteiligung weiterer Akteure sicherstellen (z.B. über Jugendkonferenzen)
- Sozialräumlichkeit sicherstellen



# Aushandlung der zentralen Steuerungsfunktion

- Gewinnung von Ressourcen einer hauptamtlichen Fachkraft; alternativ: Rotation der Zuständigkeit
- Anbindung der Planung an kommunale Strukturen: z.B. an Jugendhilfeplanung, Regionales Übergangsmanagement
- Frühzeitige Prüfung einer langfristigen Verortung der Planung





# Arbeitsschritte im Planungsprozess:

- Planung einleiten und umsetzen:
  - Datenerhebung
  - Bedarfsermittlung
  - Formulierung eines Handlungskonzeptes
  - Evaluation des Planungsprozesses



# Datenerhebung

- Welche Daten wozu?  
ausgewählte Daten? / Gesamtanalyse?
- Nutzung bestehender Datensätze
- Datenrecherche im jeweiligen Rechtskreis
- Beachtung der unterschiedlichen Planungsebenen
- Ggf. Neuerhebung



# Fragebogen zur Datenerhebung:

<b>1</b>	<b>Daten zur Sozialstruktur</b>	<b>2</b>
1.1	Basisangaben zur Kommune	2
1.2	Schulabgänger/innen des Schuljahres 2004/2005	4
1.3	Daten zur Beschäftigungsstruktur	4
1.3.1	Übergänge an der 1. Arbeitsmarktschwelle	4
1.3.2	Übergänge an der 2. Arbeitsmarktschwelle	6
1.4	Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit	6
<b>2</b>	<b>Daten zur Förderstruktur</b>	<b>9</b>
2.1	Maßnahmeangebot 2005	9
2.2	Maßnahme-Soll in 2006	11
2.3	Organisatorische Umsetzung des SGB II	11
2.4	Finanzielle Ressourcen der beruflichen Förderung	12
2.5	kommunale Netzwerkarbeit	13



# Bedarfsermittlung

- Erörterung der Daten in der Steuerungsgruppe
- (themenspezifische) Erörterung der Daten in der Jugendkonferenz
- Auswertung der Ergebnisse der Jugendkonferenz
- Prioritätenermittlung hinsichtlich des weiteren Handlungsbedarfs



# Formulierung eines Handlungskonzeptes

- Dokumentation der Arbeitsprozesse / Fixierung der Arbeitsergebnisse
- Schaffung von Transparenz über das Übergangssystem Schule – Beruf
- Aufzeigen des Handlungsbedarfs
- Skizzierung weiterer Handlungsschritte
- Entscheidungspapier für Politik » Praxisentwicklung



# Praxisentwicklung in institutioneller Verantwortung

- Rahmenbedingungen des Übergangssystems lassen gemeinsame Praxisentwicklung nicht zu
- Bausteine institutionsinterner Praxisentwicklung:
  - Angebotsentwicklung / Angebotsoptimierung
  - Schnittstellenmanagement



# Evaluation des Planungsprozesses

- Überprüfung von:  
Prozessgestaltung  
Zielsetzung ↔ Arbeitsergebnisse  
Zufriedenheit der Beteiligten
- jährlicher Wirksamkeitsdialog



# Fazit: Chancen und Grenzen

Chancen	Grenzen
Überwindung von Sprachlosigkeit / Sensibilisierung aller Akteure für problematische Zielgruppen	Aufgrund mangelnder Ressourcen können häufig nur einzelne Themen bearbeitet werden
Schaffung von Transparenz über Angebote, Zuständigkeiten, fachliche Weiterentwicklungsbedarfe	Rahmenbedingungen im Übergangssystem erschweren: <ul style="list-style-type: none"><li>• Kooperation / fachlichen Austausch</li><li>• quantitative Planung</li><li>• Gemeinsame Maßnahmeentwicklung</li></ul>
Fachliche Impulse, empirische Fakten	
Verständigung über strategische Ziele	





# Ausblick: Kommunen, Länder und Bund müssen handeln!

- Keine Zuständigkeitsverschiebung auf andere politische Ebene!
- Auftrag für Bund und Länder:
  - Entscheidung für eindeutige sozialpolitische Leitlinie
  - Klärung der Steuerungsfrage
  - Überarbeitung der Ausschreibungspraxis
  - Kooperation der Ministerien untereinander
  - Vereinfachung der Förderstrukturen



# Ausblick: Kommunen, Länder und Bund müssen handeln!

- Auftrag der Kommunen:
  - Entscheidung über strategische Ausrichtung des Übergangssystems:  
Beschäftigung oder Qualifizierung?
  - Anpassung der Angebotsstruktur
  - Positionierung der Jugendhilfe
  - Aktivierung der Träger als „Sprachrohr“ der Jugendlichen

